

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 32
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die bei der Expedition eingekommenen
Muster werden nach der Redaction nicht
zurückgegeben.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 9 Uhr.

In den Filialen für Post-Annahme:
Crispian Kramm, Unterstadtstr. 22.
Königliche, Rathenowstr. 18, p.
nur bis 1/2 8 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 266.

Dienstag den 23. September 1879.

73. Jahrgang.

Preis-Aufgabe 16.200.
Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Postgebühren 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postförderung 25 Pf.
mit Postförderung 45 Pf.

Inserate d. g. g. Zeitungs- u. d. g. g.
Wochenschriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Labelschrift
nach höherem Tarif.

Kleinanzeigen unter dem Redactions-
titel die Spaltenzahl 40 Pf.

Inserate sind nicht an d. g. g.
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachnahme.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften:
dass jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft und, wenn
dies erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei
unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage
hier sich aufhalten, Anmeldechein zu lösen haben,
in Erinnerung und bemerken, dass Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mark oder
verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet werden würden.
Leipzig, den 21. September 1879.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Räder. Dazner. S.

Es sollen
Freitag den 26. September d. J. von Vormittags 9 Uhr ab
im alten botanischen Garten hier
circa 60 Rm. diverse Stochholzscheite und 37 Stück harte Kbraumbaulen
unter den vor Beginn der Auktion bekannt zu machenden Bedingungen gegen sofortige Bezahlung meist-
bietend versteigert werden.
Zusammenkunft an der Brücke der verlängerten Albertstraße.
Leipzig, den 17. September 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georai. Stöhl.

Die bei dem hiesigen Reichshaus in den Monaten September, October, November und December 1878
verkauften oder erneuerten Pfänder, die weder zur Verfallzeit noch bis jetzt eingelöst worden sind, auch nicht
bis zum 30. September a. c. eingelöst werden, sollen den 3. November d. J. und folgende Tage im
Parterre-locale des Reichshauses öffentlich versteigert werden.

Es können daher die in den genannten Monaten verkauften Pfänder nach dem 30. September d. J.
und spätestens am 6. October d. J. nur unter Mitrichtung der Auktionskosten von 4 Pfennigen von
jeder Mark des Darlehns eingelöst oder nach Befinden erneuert werden; vom 7. October d. J. an,
an welchem Tage der Auktionskatalog geschlossen wird, kann lediglich die Einlösung derselben unter Mit-
richtung der Auktionskosten von 4 Pfennigen von jeder Mark der ganzen Forderung des Reichshauses
hathfinden und zwar nur bis zum 28. October d. J. von welchem Tage ab Auktionspfänder unwiderruflich
weder eingelöst noch prolongirt werden können.

Es hat also vom 29. October d. J. an Niemand mehr das Recht die Einlösung solcher Pfänder zu
verlangen und können dieselben daher von den Eigentümern nur auf dem gewöhnlichen Wege des Er-
lösend wieder erlangt werden.

Dagegen nimmt das Geschäft des Einlösend und Verlebens anderer Pfänder während der Auktion in
den gewöhnlichen Localen seinen ungestörten Fortgang.
Leipzig, den 18. September 1879. Des Rathes Reputation für Leihens und Sparcasse.

Moderne Kampfmittel.

Die Berliner Regierungspresse läßt kein
Mittel unberührt, um das Ansehen der national-
liberalen Partei zu schädigen. Die Bekämpfung
an sich konnte man sich nun wohl gefallen lassen;
inwiefern die Wahl der Waffen, welche von dieser
Seite beliebt wird, verdient denn doch näher ge-
sehn zu werden. Um in diese Angriffe
Recht zu bringen, muß jede Gelegenheit her-
beigeholt werden, die dem national-liberalen
Bolschewismus über die Presse herabzusehen, selbst wenn
sie vom Jargon gebrochen werden sollte. Für diese
wenig fruchtbringende Wühlarbeit soll wieder einmal
ein Beispiel gebracht werden. Die in Petersburg
erscheinende „Agence Générale Russe“ ent-
hält folgendes Telegramm: „Berlin, 3./15. Sep-
tember. Die öffentliche Meinung in Deutschland
vollzieht einen bemerkenswerthen Umschwung hin-
sichtlich Russlands. In mehreren Wahlkreisen er-
scheint die national-liberale Partei sehr streng über
die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck, weil
es klar geworden ist, daß auf dieser Politik alle
Verantwortlichkeit für die zwischen Russland und
Deutschland vorgekommenen Mißverständnisse lastet.
Gleichzeitig führen die liberalen Zeitungen an,
daß die offiziellen Berliner Zeitungen die feind-
selige Polemik der russischen Presse herab-
geredet haben.“ Für deutsche Leser ergibt sich die
Aufforderung dieser Meldung schon aus ihrer Fassung.
Sie würde überhaupt nicht der Erwähnung ver-
dienen, wenn nicht jene „Agence“ notorisch ein
russisch-officiöses Organ wäre. Man wird
daraus schließen müssen, daß gewisse Kreise in Rus-
land auch nach der Kaiserzarsamenkunft von
Alexandrow die Hejerei gegen Deutschland
fortzusetzen entschlossen sind. Das ist denn unter
allen Umständen ein sehr ernstes Symptom. Aber
für uns ist das nicht Alles. Die „Norddeutsche
Allgemeine Zeitung“ begleitet den Abdruck der
Notiz des russischen Organs mit folgenden Worten:
„Wir glauben unsererseits jede Bemerkung zu dem
obigen Citat aus dem officiellen russischen Organ
anzufragen zu dürfen.“ Was soll das bedeuten?
Anbefangene Bemerkungen könnten meinen, daß „frei-
willig-gouvernementale“ Blatt wollte damit die
Lächerlichkeit des angeblichen Berliner Telegramms
als selbstverständlich bezeichnen. Auffallend würde
dann nur sein, daß die „N. A. Z.“ an die Be-
leuchtung der russischen Verdrüßigungen der Dina-
burger Feuerwehr — Verdrüßigungen, deren Lächer-
lichkeit ebenso selbstverständlich war — ganze Spalten
verwendete. Wir unsererseits erfassen uns indes
nicht dieser Unbefangenheit; die national-liberale
Partei kennt die Methode der „N. A. Z.“ aus
Erfahrung. Haben wir nicht dasselbe Blatt die
angegebenen Männer, das weil sie ihre wirt-
schaftlichen Überzeugungen nicht in das gerade
Gegenteil verkehren wollten, einer antinationalen,
ja einer vaterlandverräterischen Gesinnung ver-
drüßigen? Haben wir nicht in demselben
Blatte erst vor wenigen Tagen denunciations-
Andeutungen über ein in London abgehaltene
„Conventikel“ gelesen, welche wiederum die gleiche
Verdrüßigung zum Zwecke hatten? Hat nicht
dasselbe Blatt vor Kurzem die Führer der national-
liberalen Partei revolutionärer Tendenzen be-
schuldigt? Ist nicht in demselben Blatte
ein förmlicher Verschwörungsplan der National-
liberalen zur Verdrüßigung des Fürsten Bismarck
ausgethelt worden? Wenn wir noch zweifel-
haft sein könnten — die Thatsache, daß die
„N. A. Z.“ die auf das Urtheil der
national-liberalen Partei bezügliche Stelle mit ge-
sperrter Schrift hervorhebt, würde uns über die
Absicht des Blattes vollkommen aufklären. Wir
wollen uns über den Ursprung der Notiz des
russischen Blattes keine weiteren Vermuthungen
bilden; Das aber sagen wir offen heraus: die
Weise, wie diese Notiz von der „N. A. Z.“ wieder-
gegeben wird, ist ein Wahlschmeißer, und
war ein Wahlschmeißer der allerwichtigsten Art.
Nachdem alle anderen Verdrüßigungen an dem
gefunden Menschenverstande des Volkes gescheitert
sind, soll jetzt die Verdrüßigung erreicht werden, als

ob die Nationalliberalen im Einklang mit
den Russen den deutschen Reichskanzler der Stö-
rung des europäischen Friedens beschuldigen. Wir
haben nicht erst nöthig zu sagen, daß dies uner-
hörte perfide Wankbrot mißfallen muß, sobald es
nur versucht wird. Alle Welt weiß, daß das
unbedingte Vertrauen der national-liberalen
Partei zu der Leitung unserer auswärtigen
Angelegenheiten, trotz aller Mißlichkeiten auf
anderen Gebieten, unerschütterlich ist. Die gesammte
national-liberale Presse ist den russischen Hejereien
gegen die Politik unseres Reichskanzlers mit Ent-
schiedenheit entgegengetreten; die gesammte national-
liberale Presse ist überzeugt, daß Fürst Bismarck
auch in diesem Augenblicke nur die Erhaltung, die
Befestigung des europäischen Friedens im Auge hat,
und begleitet ihn auf der Fahrt nach Wien mit
den aufrichtigsten Wünschen. Das ist klar wie die
Sonne, und man wird schon daraus vernehmen
müssen, durch „russische“ Zeugnisse das Gegentheil
beweisen zu lassen. Aber — und das betonen
wir im Interesse politischer Wohlstandigkeit —
mit Kampfmitteln dieser Art schädigt man nicht
nur die öffentliche Moral, sondern man trägt auch
dazu bei, das Ansehen des deutschen Reiches vor
dem Ausland herabzusetzen. Es ist nachgerade an
der Zeit, diesem Gebahren ein jörniges „quo-
usque tandem?“ entgegenzusetzen.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 22. September.
Was planen die beiden erlauchten Staats-
männer in Wien, Fürst Bismarck, der Reichs-
kanzler von der Spree, und Graf An-
drassy, der Reichskanzler in spe? So oft
diese Frage auch aufgestellt und bereits „beant-
wortet“ worden ist: vorerst wird man sich in
Geduld zu fassen haben, bis greifbare Thatsachen den
Inhalt der Kanzlerbesprechungen aller Welt offen-
bar machen. Zu diesem Thema mag heute unser
Berliner Correspondent gehört werden, der uns
vom Sonntag wie folgt schreibt: „Die hoch-
gespannten Erwartungen der politischen Welt
Oesterreichs auf ein greifbares Resultat der Ver-
handlungen mit dem Fürsten Bismarck werden
von den Officiellen an der Donau möglichst herab-
gestimmt. Sie bestreiten, daß feste Abmachungen
geplant seien, verwerfen die sogenannten
Allianzen und geben nur zu, daß für Oesterreich-
Ungarn durch die Entente Garantien gegen die pan-
slawischen Gelüste Russlands und gegen die Neben-
politik Frankreichs geschaffen werden sollen. Auch hier
neigt man sich von manchen Seiten der Ansicht zu,
daß die Gegenseitigkeit der Interessen keines ge-
schriebenen Pactes bedürfe, weil dieser schließlich doch
keinen der Contractanten bindet. Aber jedenfalls
nimmt die hiesige officielle und indirect auch
die officiöse Welt eine von den Wiener offi-
ciösen Auffassungen so abweichende Haltung
an, daß im Hinblick auf das steigende Zer-
würfnis mit Russland eine feste oder, wenn
man will, vertragsmäßige Verbindung mit Oester-
reich nicht ausgeschlossen erscheint. Wenn also
ein Vertrag in Wien zu Stande kommen sollte,
dessen Grundlage die gegenseitige Garantie des
Besitzstandes zu bilden hätte, so darf nach unseren
Informationen sicher darauf gerechnet werden,
daß die Thatsache selbst sowie das diplomatische
Actenstück geheim gehalten werden. Man er-
innert sich, daß die nach 1866 vom Fürsten
Bismarck abgeschlossenen Verträge mit den für-
stenthümlichen Staaten, welche dem Kriege mit Frank-
reich die militärischen Garantien gaben, mehrere
Jahre lang jedweder Kenntnisaufnahme weiterer Kreise
der Diplomatie und selbstverständlich auch der
Presse entzogen wurden. Wenn es daher richtig
sein sollte, wie wir weiter hören, daß eine der Ab-
machungen in Wien die event. Ausdehnung
der Reichsgrenzen Oesterreichs bis Sala-
zica bilden würde, so kann diese Mittheilung mit
Rechtigkeit demontirt werden. Liegt es doch nahe,
daß eine solche Occupation Oesterreichs über das
durch den Berliner Vertrag vorgeschriebene Ter-
ritorium hinaus als eine Verletzung desselben ge-

detet werden könnte. Aber liegt der Schwerpunkt
der deutsch-Oesterreichischen Allianz, wie von
deutschen Diplomaten hervorgehoben wird, in der
gegenseitigen Garantie des Besitzes von Elsaß-
Lothringen und der von Oesterreich occupirten
türkischen Provinzen, so wird es nicht schwer
halten, die übrigen Unterzeichner des Berliner
Vertrages zu überzeugen, daß strategische, nation-
ale und politische Gründe die weitergehende Be-
setzung osmanischer Gebiete durch Oesterreich
notwendig gemacht haben. Schließlich würde doch
nur Russland oder vielleicht auch Italien Ein-
spruch dagegen erheben. Wie gesagt, die Presse
kann jetzt und wahrscheinlich für lange hinaus
nicht in der Lage sein, über die Punctationen eines
Vertragstextes irgendwelche Mittheilungen zu machen,
dessen Kenntniß sich nach der Natur der Verhandlungen
der Öffentlichkeit entzieht. Es kann vorläufig
nur von den Absichten der deutsch-Oesterreichischen
Diplomatie die Rede sein, die Gegenstand ihrer
eifrigen Besprechung sind.“ So weit unser Cor-
respondent. Nachstehend geben wir noch das
was bis zum Schluß des Blattes zugehende
telegraphische Nachrichtenmaterial wieder:

Salzburg, 20. September. Der deutsche Reichs-
kanzler, Fürst von Bismarck, ist mit seiner Fa-
milie heute Abend 8 1/2 Uhr hier angekommen und
in dem Hotel de Europe abgeblieben.

Wien, 20. September. Der ungarische Minister-
präsident Tisza ist heute früh um Mitternacht
hier angekommen. Im Laufe des Tages sind auch der päp-
stliche Nuntius Jacobini aus Gastein und der rumä-
nische Minister der öffentlichen Arbeiten hier an-
gekommen.

Wien, 21. September. Die Morgenblätter be-
grüßen den heute eintreffenden Fürsten Bismarck
in sympathischen Kritiken. Sämmtliche Blätter ge-
hen zu dem Schluß, daß die Allianz Oesterreichs
und Deutschlands den Frieden verleihe. Die ver-
lautet, wird Fürst Bismarck am Montag Morgen
einige Besuche machen, Nachmittags vom Kaiser
empfangen werden und hernach an der Hofgala-
theil nehmen und Abends, wenn es seine Gelundheit
zuläßt, die Oper besuchen. Dienstag wird der Fürst
eine Besprechung mit Andrassy und Camerle
haben und das Diner bei Andrassy in Schönbrunn
einnehmen. Der Aufenthalt hier wird angeblich bis
Mittwoch Abend oder Donnerstag früh währen.

Wien, 21. September. Die hochofficiöse „Mon-
tagstribüne“ enthält einen dem Besuche des Fürsten
Bismarck gewidmeten Artikel, in welchem es heißt,
daß es sich bei diesem Besuche um mehr, als um eine
bloße Courtoisie gegen den Grafen Andrassy handle.
Die Anwesenheit des Fürsten Bismarck
werde dazu dienen, die Allianz zwischen
Oesterreich und Deutschland neu zu bekräf-
tigen. Ob man die Schwankungen der Lage
für so große und Besorgnis erregende erkennen
werde, um ihnen durch positive und vertrag-
mäßige Vereinbarungen einen Damm zu ziehen,
entziehe sich der öffentlichen Discussion. Nicht um
eine politische Demonstration handle es sich, sondern
die Erreichung wahrer Bürgschaften des Friedens
sei die Aufgabe der Staatsmänner Deutschlands
und Oesterreichs; den Fragen der Klarstellung und
der Klärung dieser Interessen werde ihr Meinungs-
austausch in erster Linie gewidmet sein.

Einen sehr sympathischen Leitartikel bringt die
„Neue freie Presse“. Es heißt darin:

„Morgen trifft Fürst Bismarck in Wien ein. Wir
begrüßen ihn mit lebhafter Sympathie, denn er
kommt als Oesterreichs Freund in unsere Haupt-
stadt, und wenn es gälte, ihm nach antiker Sitte
ein Gattgeschenk darzubringen, so wären wir
seiner, das ihm werthvoller sein könnte, als die
Verhinderung, daß man als je ein Gefühl ver-
trauensvoller Gegenseitigkeit die Beziehungen zwi-
schen Oesterreich-Ungarn und Deutschland be-
festigt.“

Nun ist das künftige Gebilde des Drei-Kaiser-
Bundes schließlich auf dem Ritz gefallen, und es er-
weist sich, daß der Interessen-Gegenstand, welcher
zwischen Oesterreich-Ungarn und Russland besteht,
nicht länger vermittelt und überbrückt werden konnte,
wiewohl der „erbliche Kaiser“ nicht zum bloßen Ge-
schäftsvollkreditor Russlands herabzinken wollte. Der
Nemant war es, welcher von Deutschland eine
Wahl zwischen den beiden Freunden erheißt.
Fürst Bismarck entschied sich für Oesterreich-Ungarn,
weil die Wohlthat Deutschlands als erfor-
derlich. Er ist der Mann nicht, der lange und

unentschlossen am Scheidewege steht, und Russland
erleichtert ihm überdies den Entschluß. Gerin-
geren Dank hat selten ein Staatsmann erfahren,
als Bismarck von den russischen Nachbarn. . . .
Große Staatsmänner darf man nicht an kleinen
Maßstäben messen. Wenn ein Bismarck sich ent-
schließt, die Fronten seiner Politik zu ändern, so
geschieht es nicht jagdhaft und in kleinlichen Pro-
portionen. Er misstraut Frankreich, und sein Ver-
trauen auf Russland wird gestärkt. Oesterreich-
Ungarn erscheint ihm verläßlich, und darin irrt er
nicht. So entfalten sich auf dem Untergrunde des
Bismarck'schen Gedankens vor unserer Augen die
Linien einer neuen europäischen Staatengruppi-
rung, und wir denken, dieses Zukunftsbild recht-
fertige die Freundlichkeit, mit der wir der Ankunft
des deutschen Reichskanzlers entgegensehen.“

Eine ist bemerkenswerth. Vor wenigen Jahren
noch würde man der Reise alle möglichen An-
griffsgefühle untergelegt haben, Eroberungs-
pläne, Anschläge auf die Ostseeprovinzen, Holland,
Dänemark, wer weiß, woraus sonst noch. Davon
ist es jetzt ganz still. Deutschland erscheint Niemand
mehr als eine vergrößerte langsame Macht;
Jedermann setzt voraus, daß es uns nur auf Er-
haltung des Unserigen antomme. Diese Lieber-
zeugung, verbunden mit der anderen, daß es nicht
gar leicht sein würde, uns das Unserige zu nehmen,
zumal so lange Fürst Bismarck die Thronwache
inne hat, ist eine gute Bürgschaft des Friedens.

Zu den Verhandlungen des Reichskanzlers
mit der Curie und zu der dadurch geschaffenen
Lage in Preußen wird uns aus Berlin
vom Sonntag geschrieben: „Die Erhebung des
päpstlichen Nuntius in Wien, Erzbischof Migr.
Jacobini, zum Cardinal erregt in unseren poli-
tischen Kreisen deshalb so großes Interesse, weil
dieser offensibele Act des heiligen Vaters gerade
jetzt vorgenommen wurde, wo dieser diplomatische
Agent des Papstes Leo XIII. die Verhandlungen
in Wien bis zu einem avancirten Punkt leitete
und dieselben in Gastein mit dem Fürsten
Bismarck zum Abschluß brachte. Ueber die
Specialitäten der Mission Jacobini's verlaute
in hiesigen ultramontanen Kreisen, daß er in der
Lage war, betreffend der Waagefolge solche Conces-
sionen des päpstlichen Stuhles anzubieten, deren
Annahme seitens des Fürsten Bismarck unweifel-
haft erscheine. Die Curie soll auf den baldigen
formellen Abschluß der Vereinbarungen dringen,
damit die Centrumsfraction in der bevorstehenden
Session des Abgeordnetenhauses nicht in die falsche
Stellung des Wäreins und Heilichens von einer
Regierungsvorlage zur andern gerathe. Die
Klerikalen legen hinzu, daß eine principielle Aner-
kennung der Staatsgesetzgebung in Pausch und Bogen
weder vom Fürsten Bismarck gefordert, noch von
der Hierarchie erfolgen würde. Aber es sei selbst-
verständlich, daß in der Ausführung der Gesetze
jene Bestimmungen stillschweigend fallen gelassen oder
ihre eigentlichen Wirkungen so abgeschwächt werden,
daß das Centrum keine Bedenken tragen könnte, sich
der Ausführung der Staatsgesetze zu widersetzen.
Mit anderen Worten, die Schwarzen nehmen, was sie
bekommen, und den Rest überlassen sie der Zeit
und dem guten Willen des Kanzlers und des
neuen Caltusministers. Freilich geht dabei
das Fallische Unterrichtsgesetz in die Brüche und
was in dieser Beziehung, sowie über den Kultur-
kampf im Allgemeinen der frühere Cultusminister
in seinem Briefe an die „Deutsche Revue“
sagt, erhält nach der Auffassung hier lebender Ab-
geordneter eine weittragende Bedeutung für die
liberale Wahlagitation. Wie wir hören, wird denn
auch seitens mehrerer namhafter Candidaten der
liberalen Partei dieser Brief bei ihren Wahlreden
als Beweismaterial für die herrschenden Reactions-
bestrebungen in Kirche und Schule verwendet werden.“

Der vorkstehend von dem Herrn Correspondenten
erwähnte Brief Dr. Falk's ist von uns bereits
nach Verdienst gewürdigt worden. Eine vollstän-
digere Beschäftigung unserer Auffassung der inneren
Lage in Preußen seitens des competentesten Be-
urtheilers hätten wir uns nicht wünschen können.
Nun endlich dürfen wir doch wohl hoffen, wenig-
stens von Seiten, welche sich nach zu den Libe-